

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 222.21 / 17.06.2021**

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14+21+22+23+31+40+49 – Leseförderung weiterentwickeln und weitere Themen zu Schule

Dazu sagt die Vorsitzende der  
Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Eka von Kalben:**

## Kinder und Jugendliche in den Fokus unserer Politik rücken

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir reden über ein Aufholprogramm. Ein Aufholen von mehr als einem Jahr Jugend und Kindheit. Ein Aufholen von mehr als einem Jahr Lernen im Klassenraum. Ein Aufholen von mehr als einem Jahr im Bereich Sport und Freizeit. Ein Aufholen von mehr als einem Jahr körperlicher Nähe.

Kann man das überhaupt? Ein Lebensjahr aufholen? Vermutlich nicht. Sicher, ein 18. Geburtstag lässt sich nachfeiern – aber dann ist es eben der 19. Jugendliche haben sich auch in der Corona-Zeit weiterentwickelt. Sie haben sich neue Kompetenzen angeeignet und vermutlich auch vernetzt.

Aber für viele war es eben doch mehr als ein Verschieben des Klassenraumes ins Kinderzimmer. Es war eine Zeit, in der das Wichtigste, was man als jugendlicher Mensch braucht, fehlt: die Freundinnen und Freunde, die Freizeit, das Miteinander.

Aber es hilft ja alles nichts. Auch wenn wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch mehr für Kinder und Jugendliche hätten ermöglichen müssen, hinterher ist man immer schlauer und die Pandemie mit dem Besserwiserblick zu betrachten, hilft uns nicht. Wir müssen nach vorne schauen:

Wenn wir das Lebensjahr also nicht nachholen können, was geht dann? Was wir können, ist dreierlei:

Erstens: Den Kindern und Jugendlichen einen guten Start in das neue Schuljahr und in

das neue Lebensjahr bieten. Einen Start, der ihnen Spaß am gemeinsamen Lernen vermittelt. Der ihnen Kraft und Selbstbewusstsein gibt. Der ihnen Zuversicht auf eine gute Zukunft gibt.

Zweitens können wir uns so aufstellen, dass wir für weitere Krisen besser gerüstet sind. Dass wir aus der Krise, die ja noch nicht beendet ist, lernen. Und dass wir wissen, wie wir mit zukünftigen Pandemien gut umgehen.

Aber – und das ist der dritte Punkt – wir können auch das, was uns diese Krise im Brennglas gezeigt hat, für unsere Politik nutzen: Wir können noch engagierter für ein gerechtes Bildungssystem arbeiten. Denn Corona hat den gut Behüteten einen weiteren Vorsprung gegenüber denjenigen bereitet, die ohne Unterstützung aus dem Elternhaus auskommen müssen.

Die Landesregierung legt eine Strategie für die Schulen vor, die an das anschließt, was auch im vergangenen Jahr begonnen wurde. So wird es auf Lernchancen.SH auch in diesem Sommer wieder Lern- und Unterstützungsangebote in den Schulferien geben.

Und bei diesen Angeboten geht es eben nicht nur um das Aufholen von Stoff in den Kernfächern, sondern auch um das Aufholen von Verpasstem in allen Bereichen – Musik, Kunst, Sport. Und eben auch um das Nachholen von gemeinsamen Erlebnissen.

Mit rund 18 Millionen Euro beteiligt sich die Landesregierung an der Kofinanzierung der Angebote, die aus der Bildungsmilliarde des Bundes finanziert werden. Aus der zweiten Milliarde, der Sozialmilliarde, finanzieren wir unter anderem zusätzliche FSJ-Stellen und die Schulsozialarbeit. Das sorgt dafür, dass das Aufholpaket eine nachhaltige Wirkung hat, und dass die Schulen zusätzliche Unterstützung im nächsten Jahr haben werden.

Denn es ist ja völlig klar, auch die beste Ferienfreizeit und das beste Nachhilfeprogramm können natürlich nicht in den Ferien den Kindern das zurückgeben, was sie verloren haben. Und wir verlassen uns natürlich nicht allein auf den Bund: Denn zuvor hatte die Landesregierung bereits den Vertretungsfonds für das 2. Schulhalbjahr 2020/2021 um 7,8 Millionen Euro aufgestockt und so die Einstellung von weiteren Vertretungs- und Unterstützungskräften ermöglicht. Und für die pädagogische Umsetzung der Digitalisierung werden weitere 250 Stellen zur Verfügung gestellt. Das ist nachhaltige Unterstützung.

Und wenn Sie, liebe Opposition, in der Presse vom 9.6. hier fordern, dass 700 Stellen aus den Bundesmitteln finanziert werden sollen, dann macht mich das wirklich fassungslos. Aus einmaligen Mitteln 700 Stellen fordern? Die Stellen müssten wir allein aus Landesmitteln bezahlen. Denn wegen des Kooperationsverbots darf der Bund keine Lehrer\*innenstellen finanzieren.

Wessen große Koalition hat denn die Vorgaben gemacht? Haben Sie den Vorschlag mit Ihrer Finanzpolitikerin, Frau Raudies, besprochen? Woher kommen denn die Stellen? Und woher kommen die Lehrer\*innen? Backen Sie sich die?

Was uns Frau Prien hier vorgestellt hat gefällt mir sehr gut. Ich danke Ihnen für den Bericht. Vor allem, dass es vorerst nicht um die Benotung gehen wird. Denn wir müssen Druck aus dem Kessel nehmen.

Die Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf hat ja gezeigt, wie sehr unsere Kinder und Jugendlichen unter der Pandemie gelitten haben. Deshalb ist es auch richtig und notwendig, hier psychosoziale Hilfe anzubieten. Aber auch diejenigen,

die scheinbar stabil durch die Zeit gekommen sind, verdienen es, dass man ihnen die Last etwas erleichtert und ihnen Zuversicht gibt.

Die Lernangebote für Kinder, die die deutsche Sprache noch nicht können, werden verstärkt. Das freut mich sehr, denn der Schaden für eine erfolgreiche Integration, der durch die mangelnde Sprachförderung entstanden ist, ist leider immens. Das Corona-Jahr darf nicht zu einem lebenslangen Abgehängt-Sein führen.

Das Aufholpaket des Bildungsministeriums wird viel ermöglichen für mehr Bildungsgerechtigkeit und für einen guten Start im neuen Schuljahr. Ich möchte aber noch einen Blick auf die Lebenswelt außerhalb der Schule werfen. Ich werbe sehr dafür, dass wir die Jugend insgesamt im Blick haben müssen – also auch die Zeit außerhalb der Schule und die vor der Schule, die frühkindliche Bildung. Denn auch Kitakinder haben so einiges nachzuholen.

Wir brauchen ein gutes Miteinander von Jugendarbeit: im Sport, bei der Feuerwehr, in der Kirche, in den Jugendzentren und vieles, vieles mehr mit den Schulen und Kitas. Wir brauchen vernetzte Strukturen in den Kommunen. Das hat sich gezeigt, als es darum ging, für kleinere Klassen mehr Räume zu finden. Das zeigt sich auch jetzt, wenn es darum geht, flexible Angebote für Kinder zu entwickeln, die über den Fachunterricht hinausgehen. Und das nicht, weil Schulen das nicht auch können, sondern weil wir in diesen fordernden Zeiten doch jeden und jede brauchen, die solche Angebote entwickeln.

Wenn Sie, liebe SPD, kritisieren, dass das nun alles wieder zu spät kommt, dann adressieren Sie das doch bitte auch an den Bund und die Große Koalition. Denn die sehr späten Rahmenbedingungen des Bundes zu den Aufholmilliarden und die dort getroffenen Vorgaben, die hat diese Regierung nicht zu vertreten.

Und genauso bleiben nach wie vor die Unsicherheit und Vorsicht, die beim Umgang mit der Pandemie zu beachten sind. Aber sei es drum: Wenn wir diesmal das Programm bewerben – um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen Angebote machen zu können – dann kann es auch gelingen. Und das erscheint mir wichtiger als Wahlkampfgetöse an dieser Stelle.

Wir können die Corona-Zeit nicht zurückdrehen und die Folgen sind immens. Die Notrufe der Psychotherapeut\*innen gehen unter die Haut. Die Zahl der traumatisierten Kinder und Jugendlichen, die akut Hilfe benötigen, ist unfassbar gestiegen. Und wir können ihnen nicht zeitnah Hilfe anbieten. Nicht nur wegen des Geldes, sondern weil uns schlicht auch Fachkräfte fehlen. Es ist gut, dass die Landesregierung dieses Thema im Blick hat. Für Kitas und für Schulen.

Ich wünsche mir zweierlei. Erstens, dass wir schnellstmöglich allen Kindern und Jugendlichen ein Hilfsangebot machen. Und das kann neben einer professionellen Hilfe eben auch eine Jugendfreizeit sein, wo der Druck der vergangenen Wochen mal abgelassen werden kann. Und zweitens, dass wir uns eine Gesellschaft aufbauen, in der Kinder und Jugendliche so im Blick sind, dass sie jenseits der Systeme Kita und Schule ganzheitlich im Fokus bleiben.

Familien brauchen eine Politik, die sie als ganzes System in den Blick nimmt. Nur dann können wir sie vor den Auswirkungen von Armut, Corona und Gewalt schützen.

Vielen Dank.

\*\*\*